

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Politik

Kerstin Müller jagt die Diktatoren

Der Völkermord in Darfur kommt vor Gericht - auch dank der Berliner Diplomatie.
Eine Erfolgsgeschichte deutscher Außenpolitik /

Werner A. Perger

Berlin Sie ist kein Star der Berliner Bühne, auch keine zentrale Figur der deutschen Außenpolitik. Vielen gilt Kerstin Müller, 41, grüne Staatsministerin im Auswärtigen Amt, als Mauerblümchen im Schatten Joschka Fischers. Aber dieselbe Kerstin Müller wird anderswo ganz

anders wahrgenommen: in Khartum zum Beispiel, der Hauptstadt des Sudans. Dort ist die streitbare Anwältin - einst spezialisiert auf Asyl- und Ausländerrechtsfragen - eine der meist ghassten Figuren der europäischen Politik.

Nicht ohne Grund. Es sind Leute wie Kerstin Müller, die jenes Netzwerk der Unentwegten bilden, das der sudanesischen Regierung wegen deren Vertreibungspolitik gegenüber der Bevölkerung in der westsudanesischen Provinz Darfur konsequent zusetzt. Die amtlichen und privaten Menschenrechtsaktivisten im öffentlichen Dienst - sei es in Regierungsapparaten, sei es in den Parlamenten - sind verknüpft mit Nichtregierungsorganisationen und auch mit den Medien. Mit ihrer Sturheit und Beharrlichkeit sorgten sie dafür, dass der Internationale Strafgerichtshof (International Criminal Court/ICC) seit dem 31. März 2005 für die völkerrechtliche Strafverfolgung der Menschenrechtsverletzungen in Darfur zuständig ist und die Täter, ob Regierung, Milizen oder Rebellen, mit Strafverfolgung in Den Haag rechnen müssen. Die Regierung in Khartum ist empört. Sie schimpft, macht große Sprüche - und reagiert kleinlich: Kerstin Müller erhält für den Sudan kein Visum.

Nicht dass ihr das etwas ausmacht. Seit sie im Auswärtigen Amt das Thema Afrika und vor allem Sudan für sich entdeckt und sich eingearbeitet hat, rotiert sie im Stil der einstigen Asylanwältin. Juristisch, politisch, öffentlich. Und vor allem unermüdlich. Im

Ministerium, auf europäischer Ebene, in den UN. Als erste Regierungsvertreterin eines Sicherheitsratsmitglieds nützte sie im Mai 2004 die Chance, dass Deutschland gerade den Vorsitz in diesem Gremium hatte, um dort vor der Weltöffentlichkeit über die Lage in Darfur zu berichten. Das war den etablierten Mächten mit ihren unterschiedlichen Interessen im Sudan keineswegs recht, auch Kritiker der sudanesischen Regierung waren unglücklich über diesen Vorstoß. Nicht zu viel auf einmal versuchen, war deren Devise. Man solle doch lieber erst das Problem Südsudan, den seit Jahrzehnten währenden Bürgerkrieg mit fast zwei Millionen Toten, befrieden und sich dann dem Westen des Landes zuwenden.

Und derweil zusehen, wetterten Kerstin Müller und ihre Partner, wie die arabischen Milizen (Dschandschawid), gefördert und gedeckt durch das sudanesisches Militär, die Bevölkerung Darfurs terrorisieren, die Menschen aus ihren Dörfern vertreiben, morden, vergewaltigen, entführen, brandschatzen? Kommt nicht infrage!

Joschka Fischer, der mit UN-Generalsekretär Kofi Annan offensiv die Meinung vertrat, dass es keine zweite Menschenrechtskatastrophe wie ein Jahrzehnt zuvor in Ruanda

mehr geben dürfe, deckte seine Staatsministerin. Und er ermunterte seine Diplomaten, am Thema dranzubleiben.

So gelang es, gemeinsam mit anderen amtlichen und nichtstaatlichen Aktivisten, in einem zähen Ringen mit Skeptikern und Gegnern, den historischen Beschluss des UN-Sicherheitsrates vom 31. März dieses Jahres herbeizuführen: die Resolution 1593, mit der der ICC mit dem Fall Darfur beauftragt wurde.

Woher kommt es, dass sich vor allem die Deutschen im Sudan und dort vor allem für Darfur derart engagieren? Ein Steckenpferd rotgrüner »Gutmenschen«? Schlechtes historisches Gewissen? Die Europa-Direktorin der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch Lotte Leicht (siehe auch Tribüne, Seite 11) wehrt den skeptischen Hintergrund solcher Fragen ab. » Die Deutschen haben eine lange Geschichte als Pioniere in Völkerrechtsfragen«, sagt sie. Ob dabei ein Problem mit der eigenen Unrechtsgeschichte eine Rolle spiele, sei egal. » Dass sie sich engagieren, ist entscheidend. Natürlich passt das vielen nicht, die andere Prioritäten haben, vor allem gute Beziehungen zur Regierung des Sudans. Na und?« Der Prestigegewinn für Deutschland unter den Vertretern des

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Rechtsstaatsgedankens sei umso größer. Im Übrigen sei sie sicher, sagt Leicht, dass ein Regierungswechsel in Berlin daran nichts ändern werde. Ein prominenter deutscher Veteran im Kampf für die Menschenrechte, der Anwalt Gerhart R. Baum, einst Innenminister in der sozialliberalen Bonner Koalition, später Leiter der Delegation bei der Menschenrechtskommission in Genf und UN-Sonderberichterstatter zur Lage im Sudan, sieht das ähnlich. Prominente CDU-Politiker, voran Wolfgang Schäuble, hätten in dieser Frage eine klare Haltung. Bleibt freilich die Frage: Würde eine schwarzgelbe Regierung einen Streit mit Amerika riskieren, so wie Schröder und Fischer, als es um die Resolution 1593 ging?

Die Menschenrechtsnetzwerker innerhalb und außerhalb der Ämter und Institutionen haben den Beschluss in den Nachtstunden des 31. März 2005 als enormen Fortschritt in Richtung Weltjustiz gefeiert, nicht zuletzt aber auch als Erfolg gegenüber den Skeptikern und Kleinmütigen, die das für undurchsetzbar gehalten hatten - und als politischen Sieg über den Widerstand der Gegner des Weltstrafgerichtshofs, vor allem die Vereinigten Staaten, die, so Lotte Leicht, unverändert »einen Dschihad gegen den ICC führen«.

In der Tat hatten Washingtons Vertreter in New York bis in die Nachtstunden vor der Abstimmung im Sicherheitsrat versucht, mit diversen Änderungsvorschlägen die Überweisung der Causa Darfur an den ICC zu verhindern. Auf das Veto freilich haben sie verzichtet: Zu stark war der Druck gerade christlicher Gruppen in Amerika selbst auf die Bush-Administration, im Sudan endlich einzugreifen. So qualifizierte der frühere Außenminister Colin Powell als erster westlicher Staatsmann die

Vorkommnisse in Darfur als »Völkermord«. Insofern ist die ICC-Resolution vielleicht nur ein kleiner Schritt für die Menschheit. Für die Weltdiplomatie aber bleibt sie ein großer Sprung: Der Strafgerichtshof, vor zwei Jahren erst geschaffen, war bereits in Gefahr, zur völkerrechtlichen Randexistenz zu verkümmern. » Die Frage stand im Raum«, beschreibt Staatsministerin Müller die Ausgangslage, »was macht dieser ICC eigentlich?« Nicht auszuschließen, dass gerade die USA das erreichen wollten.

Die Resolution, die nicht zuletzt genau dies verhindern soll, hat unübersehbare Schwachstellen und Schönheitsfehler wie alle »historischen« Kompromisse. Die Unterstützer kennen sie nur zu gut - insbesondere die Deutschen, die ihr ganzes Prestige investiert hatten (dem Sicherheitsrat gehörten sie, nach der Mitgliedschaft 2003 und 2004, nun nicht mehr an). Die Amerikaner nämlich verlangten eine Ausnahmeklausel, wonach Bürger von Staaten, die den ICC nicht anerkennen - also beispielsweise Amerika -, von dessen Gerichtsbarkeit ausgenommen sind; eine merkwürdige Prinzipienreiterei, die Amerikas Prestige nicht erhöht und alle Beteiligten an Guantánamo und Abu Ghraib denken ließ.

Auch ändert die Resolution, eine weitere Schwachstelle, nicht unmittelbar etwas an der Lage der Opfer in Darfur. Sie stoppt die Täter nicht, sie droht ihnen nur. Um den Opfern zu helfen, brauchte es härtere Beschlüsse in New York.

Was sich ändert, sind allerdings die möglichen Konsequenzen für die Täter. Lotte Leicht sieht den wichtigsten Fortschritt im Ende der Straflosigkeit für die Kriegsverbrecher dieser Welt. Gewaltherrscher würden fortan zu Parias der Weltgesellschaft. » Jeder vor dem ICC angeklagte

Kriegsverbrecher muss wissen: Die Zeit arbeitet nicht für ihn. Er wird nur noch auf wenigen Flughäfen der Welt landen können, ohne eine Verhaftung und die Überstellung nach Den Haag fürchten zu müssen.«

Das Sudan-Verfahren ist eine Premiere. Auf die Präzedenzwirkung, die von ihm ausgeht, kam es den Völkerrechtlern - über die Gerechtigkeit im konkreten Fall hinaus - am meisten an. Den Gegnern auch. Gerade deshalb war deren Widerstand gegen die Resolution 1593 so hartnäckig.

Ein langer, mühsamer Weg. Erst musste die Weltöffentlichkeit aufgeschreckt werden, dann mussten die Regierungen bereit sein, auf die Warner zu hören, die UN mussten sich des Falles annehmen. » Ohne die Deutschen«, versichert die Menschenrechtslobbyistin Leicht, »wären wir in der Sache nicht weitergekommen.« Der unwillkommene Auftritt Kerstin Müllers im Sicherheitsrat war Teil dieser Strategie. Der erste Zwischenerfolg: Im September 2004 setzte der Weltsicherheitsrat eine offizielle Untersuchungskommission für Darfur ein, unter dem Vorsitz des angesehenen italienischen Völkerrechtlers Antonio Cassese, des ersten Präsidenten des Jugoslawien-Tribunals.

Die Cassese-Kommission leistete ganze Arbeit. Ihren Bericht legte sie am 25. Januar 2005 vor: ein ungeschminktes Dokument über die Lage in Darfur, gestützt auf detaillierte Recherchen und ausführliche Zeugenaussagen. Mit dem Bericht übergab die Kommission eine Liste mit den Namen von 51 Personen, denen schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

werden. Kenner der Lage haben eine ziemlich genaue Vorstellung, wer auf dieser Liste stehen dürfte, sie wird allerdings nicht veröffentlicht. Nur der ICC kennt sie.

Der Bericht empfahl, den Fall Darfur an den ICC zu überweisen. Die neue Chefin der UN-Menschenrechtskommission, die Kanadierin Louise Arbour, zuvor Chefanklägerin des Haager Jugoslawien-Tribunals, machte sich dafür stark. Vor allem argumentierte sie gegen die von Amerika ins Spiel gebrachten Alternativlösungen -

zum Beispiel gegen ein Sondertribunal Sudan. Das Tauziehen um diese Frage sollte allerdings noch zwei Monate dauern.

Am 31. März wird der Beschluss in New York gefasst. Den Haag wird zuständig. Am 29. Juni teilt der Chefankläger des ICC, der Argentinier Luis Moreno Ocampo, dem Weltsicherheitsrat mit, dass die strafrechtlichen Untersuchungen im Fall Darfur am 1. Juni aufgenommen worden seien. Kerstin Müller und die Berliner

Diplomaten haben nicht zu Unrecht das Gefühl, dazu beigetragen zu haben. Dieser Erfolg mag zunächst zwar vom absehbaren Scheitern des größeren Berliner Projekts - des ständigen deutschen Sitzes im Sicherheitsrat - überschattet werden: Die Wirkung der Resolution 1593 aber wird, wenn die UN-Reformdebatte vergessen ist, spürbar bleiben.

Sie kamen mit dem Leben davon: Flüchtlinge in Darfur